Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 177. Sonntag den 26. Juni 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten
Mittwoch, am 29. Juni a. c., Abends 6½ Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Gutachten des Bau- und bez. Oekonomie-Ausschusses über: a. Concessionirung eines Neubaues an der Pleiße unter Gestattung eines Säulenvorsprungs; b. die Feststellung der Breiten für die Straßen auf dem ehemaligen Kohlenbahnhofe; c. das Budgetpostulat für Filler in den Luftkammern der höheren Mädchenschule; d. die Verbauveränderung an den Verkaufsgewölben in der alten Wange.

II. Gutachten des Oekonomie-Ausschusses über die Bewirthschaftung des Grasdorfer Steinbruchs.

III. Gutachten des Ausschusses zur Casanstalt über: a. die Rückerstattung der von einem Adjacenten der Georgenstraße aufgewendeten Kosten für die dortigen Beleuchtungsanlagen; b. Erweiterung der dritten Laternenwache im alten Amtshofe; c. eine Vorrichtung zum Anzünden der Gasflammen im neuen Theater durch elektrische Funken; d. die Herstellung der Beleuchtungsanlagen in Lehmann's Garten.

Erledigt hat sich die unterm 8. März a. c. angeordnete Verhaftung des Laufburschen
Ernst Hermann Hefter
durch Aufgreifung Hefter's.
Leipzig, den 23. Juni 1881.
Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Dr. Rüder. Hegge, Revis.

Bekanntmachung.

Erde und Schutt zur Bodenaufhöhung wird in den Baracken bei Gohlis angenommen und der Cubikmeter mit 30 ₰ vergütet.
Leipzig, am 21. Juni 1881.
Königliche Garnisonverwaltung.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 26. Juni.

Herr von Treitschke hat in dem jüngsten Heft der „Preußischen Jahrbücher" über die künftige Entwickelung der Parteien in Deutschland Betrachtungen angestellt, die darauf hinauslaufen, daß sich voraussichtlich in Zukunft drei große Gruppen, eine conservative, eine ultramontane und eine entschieden liberale, gegenüberstehen werden. Die Prophezeiung klingt für die Mittelparteien wenig tröstlich; sie stimmt aber im Wesentlichen mit Dem überein, was auch von entschieden liberaler Seite als nothwendiges Ergebniß der künftigen Parteientwickelung dargestellt zu werden pflegt. Die „Nat.-Lib. Correspondenz" bemerkt dazu: Wir sind einstweilen durchaus nicht geneigt, zuzugeben, daß sich bei uns die Gegensätze bereits so schroff zugespitzt haben, daß für die Parteien der Vermittelung kein Raum und Boden mehr vorhanden wäre, daß nur noch die Extremen ohne Uebergang sich zum unversöhnlichen Kampf gegenübertreten könnten. Aber geben wir einmal diese Gruppen-Dreitheilung zu und ziehen wir die Nutzanwendung daraus für die Liberalen. Das Centrum ist seit Jahren in nahezu unveränderter Stärke, etwa ein Viertel der gesammten Volksvertretung, im Reichstag erschienen. Wie die Dinge heute liegen und noch für geraume Zeit liegen werden, mag da und dort um einen Wahlkreis gekämpft werden, im großen Ganzen wird man nicht hoffen dürfen, daß das Centrum bei der Festigkeit seiner Stellungen und der Unzugänglichkeit seiner meisten Wahlkreise für andere Einflüsse erhebliche Einbußen erleidet. Zweifelhafter sind die Aussichten der Conservativen. Wir fürchten aber, daß man sich auf liberaler Seite allzusehr in Täuschungen wiegt, wenn man den conservativen Hauch bereits für erloschen hält. Es stehen der Regierung und den conservativen Parteien sehr zugkräftige Agitationsmittel zur Verfügung, in den ländlichen, in Handwerker- und Industriellenkreisen, und mit welch rücksichtsloser Energie davon Gebrauch gemacht wird, haben wir genugsam erfahren; den liberalen Parteien wird es um so schwerer werden, dagegen anzukämpfen, je mehr sie ihre Anhänger nicht nur auf ein politisches, sondern auch auf ein wirthschaftliches Programm verpflichten wollen. Gleichwohl sind wir der Ansicht und Hoffnung, daß die Conservativen in der jetzigen starken Zahl, wie sie unter dem Einfluß des Attentatsschreckens zu Stande kam, nicht wieder im Reichstag erscheinen werden. Aber groß genug wird ihre Zahl ohne Zweifel werden, um im Verein mit dem Centrum, wenn nicht die Mehrheit, so doch die Hälfte des Reichstags zu bilden. Und daran ist kein Zweifel, daß der Zusammenschluß der kirchlichen und politischen Reaction sich um so fester und enger bildet, je mehr der gesammte Liberalismus die grundsätzliche Opposition und den Radicalismus hervorkehrt. Es gehört viel Hoffnungsfreudigkeit dazu, sich vorzustellen, daß der Liberalismus in der engen Begrenzung, wie er von secessionistisch-fortschrittlicher Seite aufgefaßt wird, jemals so mächtig werden könnte, um den vereinten Conservativen und Ultramontanen überlegen zu sein, wenn man durch Ueberspannung und Uebertreibung der liberalen Forderungen die gemäßigten Elemente des Volks zurückstößt und mit dem Grundsatz, ein liberaler Mann müsse nothwendig auch ein Freihändler sein, den ganzen Süden und Westen unseres Vaterlandes zurückschreckt. Will man eine liberale Gesammtpartei schaffen, stark genug, um den vereinigten Reactionsparteien die Spitze zu bieten, so ist das erste Erforderniß eine möglichst weitherzige Auffassung und Erklärung des Begriffes „liberal", eine gegenseitige Achtung und Respectirung der verschiedenen liberalen Richtungen, gegenseitige Toleranz zwischen gemäßigteren und extremeren Elementen. Allein der bisherige Verlauf der Bewegung im Lager des Liberalismus hat uns nicht zu überzeugen vermocht, daß diese Gesinnung die herrschende ist; wir sehen vielmehr bei den Wahlvorbereitungen das kleinliche Fractionsinteresse immer weitere Fortschritte machen, und darum fürchten wir, es wird noch eine harte Schule durchzumachen sein, ehe die richtigen Wege zur Bildung einer liberalen Gesammtpartei eingeschlagen werden. Wie die Sache bisher angegriffen wurde, ist eher das Gegentheil die Folge gewesen.

In der am 23. d. M. unter dem Vorsitze des Staatsministers v. Bötticher abgehaltenen Sitzung des Bundesraths erfolgte zunächst die Mittheilung von der Ernennung des königlich württembergischen Gesandten von Baur-Breitenfeld zum Bundesraths-Bevollmächtigten. — Weitere Mittheilungen bezogen sich auf die Beschlüsse des Reichstags zu a) dem Entwurf eines Gesetzes über die Unfallversicherung der Arbeiter; b) dem Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung von Bestimmungen des Gerichtskostengesetzes und der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher; c) dem Entwurf eines Gesetzes über die Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen die österreichisch-ungarischen Zollgesetze; d) der am 30. Mai d. J. unterzeichneten Uebereinkunft mit Belgien wegen Regelung der Handelsbeziehungen; e) dem Vertrage mit Oesterreich-Ungarn wegen Ausdehnung des Vertrages vom 25. Februar 1880 über die Beglaubigung öffentlicher Urkunden auf Bosnien und Herzegowina. Der Gesetzentwurf zu b erhielt die Zustimmung und soll ebenso wie die vom Reichstage unverändert angenommenen Vorlagen zu c bis e zur Allerhöchsten Vollziehung beziehungsweise Ratification gebracht werden; die Abstimmung über den Unfallversicherungs-Gesetz-Entwurf blieb dagegen für eine der nächsten Sitzungen vorbehalten. — Dem königlich preußischen Oberstaatsanwalt in Kiel wurde auf seinen durch den königlich preußischen Justizminister übermittelten Antrag die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung eines, Beleidigungen des Bundesraths enthaltenden Zeitungs-Artikels ertheilt. Die neu eingegangenen Vorlagen, betreffend a) die Ausprägung von Reichs-Gold- und Silbermünzen im Jahre 1880; b) die Vereinbarung vom 25. Mai d. J. wegen des Anschlusses Hamburgs an das deutsche Zollgebiet; c) den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Haftung der Brandversicherungsgelder für die Ansprüche bevorrechteter Gläubiger; d) Abänderungen und Ergänzungen des §. 48 des Eisenbahn-Betriebsreglements; e) die Abänderung der Bestimmungen über die Prüfung der Apothekergehülfen; f) die Revision der Vollzugsbestimmungen zum Eisenbahn-Postgesetz wurden — mit Ausnahme der lediglich zur Kenntniß genommenen Uebersicht zu a — den zuständigen Ausschüssen zugetheilt. — Die Personalvorschläge des Vorsitzenden zur Wiederbesetzung erledigter Stellen bei den Disciplinarkammern in Erfurt und Danzig gelangten zur Annahme. — Von den amtlichen Mittheilungen aus den Jahresberichten der mit der Beaufsichtigung der Fabriken betrauten Beamten für das Jahr 1880 ist, wie der Vorsitzende zur Kenntniß brachte, der erste Band im Drucke vollendet und vertheilt worden. — Nach dem Gutachten des III. und IV. Ausschusses wurde beschlossen, daß für finnische Butter in Kübeln bei der Einfuhr zur See unter Umständen ein Tarifsatz von 15 Proc. des Bruttogewichts gewährt werden kann. Weiteren Ausschuß-Anträgen entsprechend wurde beschlossen: a) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Vorschriften zum Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit auszuarbeiten zu lassen; b) dem vom Präsidium vorgelegten Entwurfe von Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf Steinkohlenbergwerken die Zustimmung zu ertheilen; c. Eingaben, betreffend die Einschränkung der Auswanderung durch Abänderung des Paßgesetzes vom 12. October 1867 und die eventuelle Entschädigung der bei Unfallversicherungs-Anstalten beschäftigten Beamten, dem Herrn Reichskanzler zu überweisen. — Den Schluß bildeten Mittheilungen über eingegangene, auf Grund früherer Beschlüsse den betheiligten Ausschüssen überwiesene Eingaben und die Vorlegung der neuerdings eingegangenen Petitionen, über deren geschäftliche Behandlung Bestimmung getroffen wurde.

Höchst bezeichnend für den Charakter, welchen die antiliberale Wahlbewegung schon jetzt in Berlin angenommen hat und noch weiter anzunehmen droht, ist die Thatsache, daß der Professor v. Treitschke es abgelehnt hat, im zweiten Berliner Wahlkreise zu candidiren. Wenn aber überhaupt in einem Wahlkreise in Berlin, so hat der Antisemitismus in diesem einige Aussichten. Befolgt also schon Herr v. Treitschke den weisen Satz, „daß der Starke muthig zurückweiche", so steht es mit den Hoffnungen der Reactionaire in der Hauptstadt sehr übel. Man wird dann wohl darauf verzichten müssen, sogenannte „gemeinsame" Candidaten aufzustellen, d. h. solche, für welche sowohl Deutsch- als Freiconservative gestimmt haben würden, und man wird sich wohl oder übel mit Leuten zu begnügen haben, wie der Antisemitenhäuptling, Premier-Lieutenant a. D. Liebermann von Sonnenberg, bei dem über die Species nach der politischen, socialen und Anstandsseite hin ein Zweifel gar nicht aufkommen kann.

Mit klug gespielter Rücksichtslosigkeit löst Herr v. Goßler die Fäden, die ihn, ihm selber vielleicht zum Theil unmerklich, auf sein hohes Amt gelenkt und hinaufgezogen haben. Es mag schon richtig sein, daß die Hofpredigerpartei es bedauert, die mächtige Stütze des Herrn v. Puttkamer verloren zu haben, aber es ist ebenso richtig, daß sie geradezu enthusiastische Hoffnungen auf seinen Nachfolger setzt, der denn auch Staatsmann genug sein mag, um vor diesen stürmischen Drängern ein leises Grauen zu empfinden und mit klugem Vorbedacht eine gewisse Schranke zwischen sich und ihnen aufzurichten. Aber diese Schranke wird sich leider nicht fest genug erweisen. Das ist das pessimistische Gefühl, mit welchem in evangelisch-kirchlichen Kreisen selbst gemäßigster Richtung die Berufung des neuen Cultusministers aufgenommen wird. Was Herr von Puttkamer begonnen, ward Herr von Goßler vollenden: die Revision der Falk'schen Synodalordnung und die Säuberung der Kanzeln und Lehrstühle von den vermeintlich protestantenvereinlichen Elementen. Die Bedeutung, die der Personenwechsel hat, wird zu einseitig vom Standpunct des römischen Culturkampfs allein aufgefaßt, und doch ist nicht minder wichtig die immer weitere Verschiebung nach rechts, in welche die preußische Landeskirche dadurch gedrängt wird. Das Eine aber ist schon heute klar: befriedigen wird Herr von Goßler die Hofpredigerpartei so wenig wie sein Vorgänger; denn die Orthodoxen sind und bleiben in ihrer Unersättlichkeit die echten Erben des ultramontanen Geistes, mit dem sie auch sonst so viele und so intime Berührungspuncte haben.

Der Oberpräsident von Hessen-Nassau, Herr v. Eude, hatte gegen mehrere Blätter Processe angestrengt, weil diese es gewagt hatten, eine Berliner Correspondenz der „Kölnischen Zeitung" nachzudrucken, in der seine gespannten Beziehungen zu dem Kasseler Militairstand einer Besprechung unterzogen worden waren. Es ist nun allgemein aufgefallen, daß Herr v. Eude gerade bei der „Kölnischen Zeitung" eine Vertagung der Verhandlung beantragt hat und zwar bis zum November dieses Jahres. Die Sache wird verschieden gedeutet; und während die Einen behaupten, es zeige sich auch hier wieder einmal, daß man nur „die Kleinen hänge", wollen die Anderen wissen, Herr v. Eude werde der „Kölnischen Zeitung" gegenüber den Wahrheitsbeweis nicht antreten können und ziehe es deshalb vor, die Sache auf Sanct Nimmermehrstag zu verschieben.

Aufrichtige Theilnahme erregen in der diplomatischen Welt von Berlin die Privatnachrichten, welche über das tragische Schicksal des ehemaligen deutschen Gesandten in Kopenhagen, Freiherrn v. Magnus, eingetroffen sind. Derselbe ist auf seiner Villa im Schwarzwald plötzlich in Wahnsinn (Tobsucht) verfallen und hat einer Irrenanstalt überwiesen werden müssen. Es ist bekannt, mit welchem Eclat Herr v. Magnus aus dem diplomatischen Dienst schied: er hatte der französischen Schauspielerin Sarah Bernhardt Huldigungen dargebracht, die sich, bei dem bekannten Charakter dieser Dame, nicht mit seiner Stellung als Deutscher im Auslande und noch weniger mit seiner amtlichen Eigenschaft vertrugen. Seine sofortige „Beurlaubung", die alsbald in dauernde Verabschiedung überging, war die Folge. Das traurige Ende des früheren Gesandten muß um so mehr mit manchen Irrungen der Vergangenheit versöhnen, als die damaligen Excentricitäten durch den jetzt ausgebrochenen Wahnsinn wohl hinlänglich erklärt werden.

An der politischen Wirksamkeit der Berliner Witzblätter wird anläßlich der Art und Weise der Verspottung der Candidatur Herzog in einem Blatte eine sehr treffende Kritik geübt, welches christlich-sociater, antisemitischer und conservativer Neigungen gewiß nicht verdächtig ist, in der „Berliner Volkszeitung". „Wir haben," sagt das Blatt, „bei dem Kampf gegen diese neueste Bewegung, die sich gegenwärtig zur Wahlcampagne zuspitzt, wiederholt die Erfahrung machen müssen, daß mehr noch als selbst die ärgsten Zügellosigkeiten und Rohheiten der Feinde, sogenannte Freunde geschadet haben. Ueber die Verdienste der Berliner Witzblätter um unser politisches Leben und die Sache, der sie dienen wollen, ließe sich ein großes Capitel schreiben." Es freut uns, auch von fortschrittlicher Seite einmal einem Widerspruch zu begegnen.

Die „Kreuzztg." hält es nicht für wahrscheinlich, daß der preußische Landtag bereits im October einberufen werden soll, um ein neues Kirchengesetz im Anschluß an das vorjährige zu berathen. Diese Nachricht eines Blattes, dem man doch wohl nähere Beziehungen zu den Kreisen des neuen Cultusministers zutrauen darf, ist sehr überraschend. Das Juligesetz läuft in seinen wesentlichsten Bestimmungen bekanntlich schon mit dem letzten Tage dieses Jahres ab. Daß Herr von Goßler sein Werk damit beginnen sollte, dieses Gesetz nicht nur nicht mit einigen weiteren Zusätzen zu bereichern, sondern es überhaupt verfallen zu lassen, wäre ein überraschender Entschluß, der einer Erklärung in hohem Grade bedürfte. Man wird die Notiz der „Kreuzztg." vielleicht so auffassen haben, daß zwar die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des bestehenden Gesetzes beantragt, weitere Zusätze aber zunächst nicht vorgeschlagen werden sollen. Immerhin wäre die Bestätigung der Nachricht erfreulich, daß der Friedensschluß mit Rom nach dem Sinne der Conservativen nicht gleich mit voller Energie in Angriff genommen werden soll.

Zu den Absonderlichkeiten, die in der österreichischen Monarchie bestehen, gehört u. A. auch, daß in einem Theile derselben, in den Bocche di Cattaro, das seit zwölf Jahren für die ganze Monarchie geltende Wehrgesetz noch nicht durchgeführt ist. Die unwirthlichen Söhne jenes südlichsten Theiles Dalmatiens verweigerten rundweg jede regelmäßige Militairdienstleistung, und als man sie doch zu einer solchen anhalten wollte, brach der bekannte Bocchesen-Aufstand aus, der mit dem famosen Frieden von Kneklec endigte. Nun soll endlich auch dort das Wehrgesetz durchgeführt und sollen die Bocchesen, die nach dem Gesetze ausnahmsweise nur in der Landwehr zu dienen haben, in diese eingereiht werden. Ein Theil jener wilden Bergbewohner ist angeblich bereit, sich unter gewissen Bedingungen einreihen zu lassen, die Krivoszianer aber wollen nach wie vor Nichts davon wissen, und in österreichischen Blättern spricht man allgemein von einem abermaligen Bocchesen-Aufstand und von blutigen Conflicten, die in Süddalmatien zu erwarten wären.

Die Donnerstags-Sitzung der französischen Deputirtenkammer war einmal wieder voll von bitteren Wahrheiten über die kirchlichen Verhältnisse Frankreichs. Die Klerikalen trotzen täglich und stündlich mit ihren Vorrechte, weil das französische Volk ein katholisches sei: jetzt wurde ihnen geantwortet, Das sei reiner Schwindel; „wenn Katholiken Diejenigen seien, welche die Satzungen der katholischen Kirche streng befolgten und ihre Dogmen für unbestreitbar hielten — wie viel richtige Katholiken gebe es dann noch in Frankreich?" Die liberale Opposition verlangt mit jedem Jahre nachdrücklicher die Streichung des Cultusbudgets; die Regierung wehrt sich, so gut sie kann, gegen den Grundsatz, dessen Folgen ihre zwei Seiten haben. Die nächste Legislaturperiode wird, wenn sie nach dem Sinne Gambetta's ausfällt, höchstwahrscheinlich auf diesem Gebiete durchgreifendere Beschlüsse fassen, als sie Grevy lieb und Ferry annehmbar erscheinen dürften; denn keine Strömung macht mit jedem Jahre mehr sich so bemerkbar wie die antiklerikale. Grevy ist nicht streng katholisch, Ferry ist durch und durch Reformer und aus Erziehungszwecken entschiedener Culturkämpfer, die Gambettisten und voran Gambetta selbst predigen den Positivismus Comte's und Littré's als die einzig richtige Religion eines wirklich republikanischen Volkes, und je weiter links, desto stärker treten die Gegensätze gegen die Leute vom „Univers", vom „Monde" und der „Gazette de France" hervor. Nur Rochefort macht auch hier die gewöhnliche Ausnahme: er ist frivol und bigott, je nachdem es ihm paßt. Madier de Monjau macht in den Wandelgängen der Kammer Proselyten für die Abschaffung der französischen Botschaft am Vaticam und wird, wie der „Télégraphe" eben meldet, in einer großen Rede den Antrag auf diese Reform begründen. Auch Dies ist eine Frage der Zukunft, aber die Zeit wird kommen, wo dieser Posten gestrichen wird, darüber wachen sich die Ultramontanen längst keine Täuschungen mehr; desto mehr aber werden sie sich anstrengen, damit die nächsten Wahlen nicht nach dem Sinne Ferry's oder gar Gambetta's ausfallen. Je fester die Republik Wurzel faßt, desto mehr wird die Kirche, welche sich in Frankreich mit der Contrevolution solidarisch gemacht hat, an Boden verlieren. „Je entschiedener Republikaner, desto weniger Römling, desto freier und aufrichtiger in Glaubens- und Wissensfragen."

Der Census, welcher alle zehn Jahre in ganz Großbritannien aufgenommen wird, zeigt, daß die Bevölkerung Irlands seit 1841 von 8,196,597 auf 4,952,681 sich verminderte. Irland verlor also in vierzig Jahren über drei Millionen seiner Einwohner aus einer Gesammtzahl von acht Millionen. In dem ersten Decennium, zwischen 1841 und 1851, schob man alle Schuld dieser Massen-Entvölkerung auf die Hungersnoth in Folge des Fehlschlagens der Kartoffelernte, allein die unerbittlichen Ziffern belehren uns, daß die Kartoffel allein nicht die Schuld der Entvölkerung Irlands trägt. Von 1851 bis 1861, von 1861 bis 1871 und während der letzten 10 Jahre verminderte sich die Bevölkerung Irlands ziemlich gleichmäßig. Und zwar nicht in Folge epidemischer Krankheiten, oder aus Gründen, wie sie häufig den Franzosen vorgeworfen werden, durch eine strikte Anwendung der Grundsätze von Malthus, oder in Folge von Krieg und Hungersnoth, sondern einzig und allein darin liegt der Grund der Entvölkerung des Landes, daß die Bewohner dasselbe in Massen verlassen und sich in Amerika oder in den Colonien eine neue, bessere Heimath suchen. Dabei kommt aber auch die Thatsache zur allgemeinen Kenntniß, daß nicht die schlechtesten, die unbrauchbarsten Schichten der Bevölkerung das Land verlassen, sondern daß der kleine Landmann, der noch einige Mittel besitzt, von den Küsten seiner Heimath flieht, und daß gerade die elendesten, faulsten und unbrauchbarsten Elemente der Bevölkerung zurückbleiben und sich vermehren, anstatt abzunehmen oder auszuwandern. Der Irländer, d. h. der reine celtische Irländer scheint, wie die letzten Erfahrungen lehren, gänzlich heruntergekommen zu sein, und dessen Verschmelzen mit den Angelsachsen ist wohl ein Ding der Unmöglichkeit; vielleicht kann nur sein Verschwinden, wie das der Rothhäute in Amerika, die wirklich irische Frage definitiv lösen, welche im Augenblick wieder einmal so heftig alle Gemüther im britischen Königreiche erregt.

Wie in den Niederlanden, so haben auch in Luxemburg in der vorigen Woche Ersatzwahlen für die verfassungsmäßig ausgeschiedene Hälfte der Kammer stattgefunden. Das Ergebniß der Wahlen besteht in einem vollständigen Siege der Klerikalen, denen die Liberalen nur in der Stadt Luxemburg selbst theilweise das Feld streitig gemacht haben. Die Geistlichkeit und ihr ganzer Anhang hatte sich diesmal mit aller Kraft am Wahlkampfe betheiligt, und der Bischof von Luxemburg war ihnen mit dem Beispiel vorangegangen, indem er es in einem besonderen Hirtenbriefe allen Gläubigen zur Gewissenssache machte, ihre Wahlpflicht nicht zu versäumen. Die nächste Folge wird der Rücktritt des jetzigen liberalen Ministeriums Blochausen und dessen Ersetzung durch ein klerikal-reactionäres Regiment sein. Die eigentlichen Regenten werden aber die Jesuiten sein, welche die letzten Wahlen ins Werk gesetzt haben und sich mit großen Plänen in Betreff Luxemburgs tragen. Das Ländchen soll zu einem Hauptbollwerk des Ordens umgewandelt werden, der hier einen Theil der aus Deutschland und Frankreich vertriebenen Brüder unterbringen, Schulen und sonstige Anstalten, vor Allem aber eine Universität in seinem Geiste errichten will. Bei diesen Einrichtungen hat man natürlich weniger die Bevölkerung des kleinen Großherzogthums, als vielmehr diejenige der großen Nachbarreiche im Auge, nach denen man auf diese Weise von sicherem Versteck aus die Fäden jesuitischer Erziehung und Propaganda spinnen zu können meint. Wenn die neue Luxemburger Regierung wirklich zur Durchführung derartiger Pläne die Hand bieten sollte, so könnten leicht Conflicte entstehen, denen die Neutralität und Selbstständigkeit des kleinen Landes früher oder später zum Opfer fallen müßte. Jedenfalls bereiten sich in Folge der letzten Wahlen Zustände in Luxemburg vor, die auch von Deutschland mit wachsamem Auge verfolgt werden müssen.

Aus Stadt und Land.

* Leipzig, 25. Juni. Seltsamerweise sind in der vor Kurzem geschlossenen Reichstagssession eine ganze Reihe von Petitionen nicht zur Berathung gelangt, trotzdem daß die darüber erstatteten schriftlichen Berichte der Petitions-Commission schon geraume Zeit vor dem Schluß des Reichstages vorlagen. Dazu gehören vor allen Dingen die sehr zahlreich eingegangenen Petitionen in Betreff der obligatorischen Civilehe. Noch in der Sitzung des Reichstages am 14. Juni drangen die der liberalen Seite des Hauses angehörenden Abgeordneten Dr. Witte, Dr. Schröder und Dr. Baumgarten, wie wir aus dem amtlichen stenographischen Berichte ersehen, mit großer Lebhaftigkeit darauf, daß der Commissionsbericht über die gedachten Petitionen zur Berathung gestellt werde, indessen die conservativ-klerikale Mehrheit hatte sich, wie aus den Aeußerungen ihrer Redner deutlich hervorging, das Wort gegeben, die so wichtige Angelegenheit todt zu schweigen, da bei der den Petenten gegen die Civilehe abgeneigten Haltung der Regierung die für deren Beseitigung stimmenden Herren sicher in ein ihnen sehr unwillkommenes Dilemma gerathen sein und das Votum der Commission, welches dahin lautete, daß über die Petitionen zur Tagesordnung übergegangen werde, voraussichtlich die Mehrheit im Plenum des Reichstages erlangt haben würde. Die conservativ-ultramontanen Abgeordneten scheuten sich unter solchen Umständen, Farbe zu bekennen, viele der Conservativen mochten wahrscheinlich auch bedenken, daß ihnen die Abstimmung gegen die Civilehe bei der nächsten Wahl schaden könne, und so ist denn gekommen, daß die sämmtlichen massenhaften Sturmpetitionen von conservativ-orthodoxer Seite in den Papierkorb gewandert sind.

* Leipzig, 25. Juni. Die Ausführung des vom letzten Reichstage berathenen und genehmigten Unfall-Versicherungs-Gesetzes wird dem Reiche oder den Einzelstaaten nach einer Seite hin, die bisher noch wenig beachtet worden, beträchtliche Ausgaben verursachen. Der Reichstag hat, wie wir aus dem amtlichen stenographischen Bericht ersehen, nach der Schlußabstimmung über das ganze Gesetz, welches mit 145 gegen 106 Stimmen angenommen wurde, noch eine von dem Abg. Windthorst eingereichte Resolution genehmigt, die dahin lautet, der Reichskanzler möge ersucht werden, dem Reichstage gleichzeitig mit den auf die Durchführung des Unfall-Versicherungs-Gesetzes abzielenden Gesetzesvorlagen Vorschläge darüber zugehen zu lassen, in welcher Weise die durch den gesetzlichen Ausschluß der privaten Unfall-Versicherungs-Gesellschaften beeinträchtigten Gewerbetreibenden zu entschädigen seien. Es bestehen im Deutschen Reiche bekanntlich eine größere Anzahl solcher Privatgesellschaften und die zu gewährende Entschädigung wird sicher keine geringe sein.

SLUB
Wir führen Wissen.